

Lokales

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/cochem-zell

Wird großer Jachthafen in Zell genehmigt?

Die SGD Nord wartet derzeit auf weitere Unterlagen der Marina Weingarten Projekt GmbH

Von Birgit Pielen

■ **Zell.** Es ist eine fast unendliche Geschichte: Seit 2007 will der niederländische Investor John van der Voort den Ferienpark Marina Weingarten in Zell bauen. Neben einem Hafen für Sportboote mit 80 Liegeplätzen sollen in den Weinbergen 180 Wohneinheiten entstehen. Die wiederum sollen dann zu einem Preis ab 300.000 Euro verkauft werden – als Ferienwohnungen. Das Projekt ist äußerst umstritten. Jetzt kommt es auf die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord an. Die Behörde entscheidet, ob der Jachthafen gebaut werden darf. Nur dann wird es laut Investor auch einen Ferienpark geben.

Fast wäre John van der Voort schon 2016 am Ziel gewesen. Am 15. März 2016 erteilte die SGD Nord einen Planfeststellungsbeschluss, also das Baurecht für den Sportboothafen. Die Landesbehörde ist aus gewässerschutzrechtlichen Gründen dafür zuständig. Zu diesem Zeitpunkt waren noch circa 130 Liegeplätze geplant. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) klagte gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Erhalt der Kulturlandschaft Zeller Hamm“ gegen die Entscheidung und bekam recht: Das Verwaltungsgericht Koblenz urteilte 2017, dass der Planfeststellungsbeschluss



Sportboote sind auf der Mosel unterwegs. Der Fluss wird bei Wassersportlern immer beliebter.

Foto: Thomas Frey

rechtswidrig war – wegen Planungsfehlern. 2018 wies das Oberverwaltungsgericht Koblenz einen Antrag auf Revision des Urteils ab.

Jahre später kam ein neues Verfahren in Gang. Der Jachthafen wurde verkleinert, statt 130 soll es

nur etwas mehr als 80 Liegeplätze geben. Die SGD Nord teilt auf Anfrage unserer Zeitung mit: „Die Marina Weingarten Zell Projekt GmbH hat der SGD Nord im Mai 2023 einen ersten Entwurf der Antragsunterlagen vorgelegt. Im Oktober 2023 wurden dann die endgültigen und vollständigen Antragsunterlagen zum Bau eines Sportboothafens und des dazugehörigen Hafenbeckens bei Moselkilometer 89,85 (linkes Ufer) in der Gemarkung Zell/Briedel eingereicht.“

Nun läuft also ein erneutes Planfeststellungsverfahren, bei dem geprüft wird, ob der Bau und Betrieb eines Sportboothafens mit Paragraf 43 des Landeswassergesetzes vereinbar ist. „Alle Behörden, deren Aufgabenbereich durch die Planungen berührt ist, sowie die anerkannten Naturschutzverbände wurden von der SGD Nord um Stellungnahme zum Vorhaben gebeten“, heißt es weiter. „Nachdem die Planunterlagen zu Jahresbeginn of-

fengelegt wurden, fand am 19. November 2024 der nicht-öffentliche Erörterungstermin statt, bei dem die eingereichten Einwendungen mit der Antragstellerin erörtert wurden.“

Nach dem Erörterungstermin sei deutlich geworden, dass eine Überarbeitung der Antrags- und Planunterlagen notwendig sei, teilt SGD weiter mit und erklärt: „Am 27. Mai 2025 legte die Marina Weingarten Projekt GmbH einen neuen Antrag für den Bau und Betrieb eines Hafens für Sportboote vor, der überarbeitete und ergänzte Antrags- und Planunterlagen enthält. Am 10. Juli 2025 kündigte der Antragsteller die Vorlage weiterer Unterlagen an.“ Doch diese Unterlagen liegen laut SGD noch nicht vor. Deshalb könnten die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und die Offenlegung nicht durchgeführt werden. „Derzeit ist kein verlässlicher Zeitpunkt für die weiteren Verfahrensschritte möglich“, heißt es ab-

schließend zur Anfrage unserer Zeitung.

Ohne Hafen kein Ferienpark: Deshalb gibt es auch noch keinen Bauantrag für die Häuser, die in den Weinbergen gebaut werden sollen. Einige Grundstücke hat der Investor bereits gekauft, für weitere gibt es Optionsverträge, die immer wieder verlängert worden sind. Die Stadt Zell und die Gemeinde Briedel haben zwar die Bauleitplanung in Gang gebracht, orientieren sich zeitlich aber bei weiteren Schritten an der SGD Nord. Priorität hat die Genehmigung des Sportboothafens, sonst wird alles andere überflüssig.

Und selbst wenn es grünes Licht geben sollte: Der BUND hat gegenüber unserer Zeitung mehrfach betont, notfalls wieder gegen eine Genehmigung zu klagen. Und das würde die Realisierung des Projektes erneut verzögern. Marina Weingarten hat das also Zeug, eine eigene „Unendliche Geschichte“ zu schreiben.

Betrügerische Anrufe in Büchel

Die Polizei Cochem wartet vor einer fiesen Masche

■ **Büchel.** Seit Freitagvormittag häufen sich betrügerische Anrufe in Büchel und in den benachbarten Orten. Das teilt die Polizeiinspektion Cochem mit: „Die Anrufer geben sich als Polizeibeamte aus und warnen vor Einbrechern.“ Die Betrüger raten demnach, dass die Menschen aus Sicherheitsgründen Fenster und Türen verschließen sollen. „Im weiteren Verlauf des Gesprächs versuchen die falschen Polizeibeamten herauszufinden, ob im Haus oder in der Wohnung Bargeld und Wertgegenstände aufbewahrt werden“, sagt die Polizei. Durch eine geschickte Gesprächsführung sollen die gutgläubigen Wohnungsinhaber zur Übergabe der Werte an die falschen Polizeibeamten überredet werden. „Wenn Sie einen solchen Anruf erhalten, legen Sie direkt auf und beenden Sie das Gespräch“, sagt die Polizeiinspektion Cochem. „Geben Sie keine Auskünfte zu Ihren Vermögensverhältnissen. Lassen Sie sich auch nicht durch die Nummernanzeige auf dem Telefon täuschen, auch diese werden immer durch diese Tätergruppen manipuliert.“ Der dringende Appell der Polizei lautet: „Sobald Ihnen etwas seltsam vorkommt, beenden Sie das Gespräch.“ Und: „Sprechen Sie auch in der Familie und in der Nachbarschaft über diese Anrufe, damit auch andere vor solchen Betrugsversuchen gewarnt werden.“ pie

Unser Wetter



Sonne- und Wolkenmix

Die Sonne wird häufig von Wolken verdeckt, und örtlich gehen Regenschauer nieder bei 17 und 20 Grad. In der Nacht kühlt es auf 10 bis 7 Grad ab. Morgen freundliches und trockenes Wetter.



Die Karte zeigt eine frühe Planung des Ferienparks und des Sportboothafens.

Foto: Marina Weingarten Projekt GmbH

Mosel-Allianz fordert Hilfen für Steillagenweinbau

Kreise und Verbände sehen die Kulturlandschaft „massiv gefährdet“ – Dringender Appell ans Land

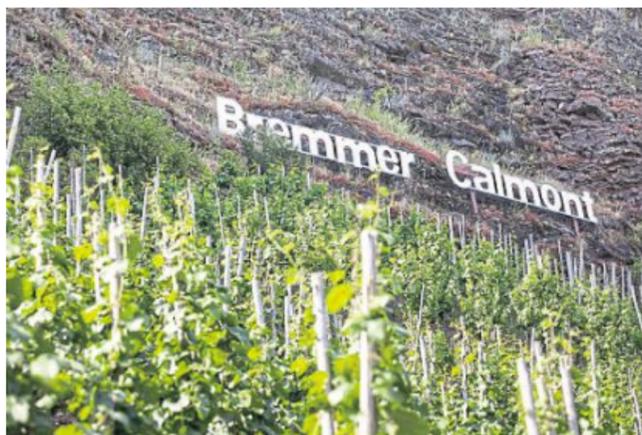
Von David Ditzer

■ **Cochem/Koblenz/Trier.** Der Steillagenweinbau im Moseltal steht massiv unter Druck – aus verschiedenen Richtungen. Deshalb haben die Kreise Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz und Trier-Saarburg jetzt bewusst den Schulterschluss mit Tourismusvertretern und der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier gesucht. In einem dringenden Appell an die Landespolitik und das Land Rheinland-Pfalz fordern sie unter anderem, die Förderung des Steillagenweinbaus an Mosel massiv zu stärken und sie an die Realitäten anzupassen.

Ohne den Steillagenweinbau gebe es die Kulturlandschaft im Flusstal in dieser Form nicht. „Doch diese einzigartige Kulturlandschaft ist massiv gefährdet“, heißt es in einer Pressemitteilung, die die Kreisverwaltung Cochem-Zell am Freitagvormittag publiziert hat.

Mehr als 2000 Jahre alt ist der Steillagenweinbau an der Mosel. Er prägt „die Kulturlandschaft, das Lebensgefühl und die Identität unserer Region“, so steht es in der Pressemitteilung. Unterzeichnet ist sie von den Landräten der genannten Moselanrainerkreise. Des Weiteren haben unter anderen Geon Haumann, der Präsident des rheinland-pfälzischen Landesverbands im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga), Walter Clüsserath, der Präsident des Weinbauverbands Mosel, und Albrecht Ehses, Geschäftsbereich Wein & Tourismus der IHK Trier, sowie Thomas Kalf, Geschäftsführer der Mosellandtouristik, den Appell unterschrieben.

In dem Appell zum Erhalt der Weinkulturlandschaft an der Mosel heißt es: „Die wirtschaftliche Lage vieler Weingüter – insbesondere in den Steillagen – ist dramatisch. Die Bewirtschaftung wird zunehmend unrentabel.“ Jedes



Als steilster Weinberg Europas steht der Bremmer Calmont sehr exponiert für den Steillagenweinbau an der Mosel.

Foto: Kevin Rühl

Jahr gehe wertvolle Anbaufläche verloren. „Mit ihr schwindet nicht nur ein jahrhundertealtes Kulturgut, sondern auch ein ökologisch wertvoller Lebensraum und ein tragender Pfeiler unserer Tourismuswirtschaft.“

Die Unterzeichner der Erklärung bemängeln, dass die Förderprogramme für den Steillagenweinbau seit 35 Jahren nicht an die Teuerung angepasst worden seien. Die künftige EU-Agrarförderung sei unsicher und heute schon unzureichend. „Zusätzliche Mittel des Landes Rheinland-Pfalz sind bislang nicht vorgesehen.“

Dabei sei wissenschaftlich belegt, dass der Weinbau ein Haupt-

motiv für Gäste sei, die Mosel zu besuchen. Der Tourismus in Rheinland-Pfalz generiere jährliche Umsätze in Höhe von 1,8 bis 2 Milliarden Euro, „davon allein rund 420 Millionen Euro mit weinbezogenen Angeboten“. Davon profitieren, Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel und viele Dienstleister – sowie der Fiskus. In ihrem Appell fordern die Beteiligten vom Land eine substanzielle finanzielle Unterstützung zum Erhalt des Steillagenweinbaus, eine sofortige Anpassung entsprechender Förderprogramme und „eine nachhaltige Zukunftsperspektive für die weinbauliche Nutzung der Steillagen“.

Land soll Hangsicherung am Burgberg fördern

Das Förderprogramm „Investitionsstock“ soll nun das Projekt der Stadt Cochem finanzieren

Von Dieter Junker

■ **Cochem.** Die Stadt Cochem will zur Finanzierung von Hangsicherungsmaßnahmen am Burgberg Landesmittel aus dem Investitionsstock beantragen. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Stadtrat einstimmig.

Eigentlich sollten für dieses Vorhaben die noch zur Verfügung stehenden Restmittel aus der Städtebauförderung für die Gesamtmaßnahme „Stadtkern Cochem“ eingesetzt werden. Dies hatte der Stadtrat auch im Juni beschlossen (wir berichteten). Doch die ADD teilte der Stadt mit, dass eine solche Finanzierung seitens des Innenministeriums abgelehnt würde, da eine Steinschlagsicherung nicht aus Städtebaumitteln gefördert werden könnte.

Das Land empfahl, hier das Förderprogramm „Investitionsstock“ in Betracht zu ziehen. Der Investitionsstock dient vor allem der Schaffung von gemeindlichen Vorhaben, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen und zur Verbesserung der Infrastruktur bei-

tragen sollen. Da das Land erst noch über den Antrag beraten muss, wird sich die Umsetzung der Maßnahmen voraussichtlich verzögern.



Bereits im Juni hatte der Stadtrat die Hangsicherung am Burgberg beschlossen.

Foto: Ulrike Platten-Wirtz